21. Wahlperiode

Deutscher Bundestag

Enquete-Kommission
Aufarbeitung der Corona-Pandemie
und Lehren für zukünftige
pandemische Ereignisse

Kommissionsdrucksache 21(27)64
vom 11. November 2026

Schriftliche Stellungnahme

des Sachverständigen

Prof. i.R. Dr. Peter Weingart
Ehemaliger Professor für Soziologie an der Universität Bielefeld

Öffentliche Anhörung

„Wissenschaftsberatung, Krisenkommunikation und Rolle der Medien“

Stellungnahme in der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestags zur Aufarbeitung der Corona Pandemie

Peter Weingart

Vorbemerkung

Die Pandemie ist nicht nur gesundheitspolitisch, sondern auch im Bezug auf die dazu erfolgte wissenschaftliche Politikberatung, ein Sonderfall. Er zeichnet sich aus durch die tödliche Bedrohung einer großen Zahl von Menschen, die Unsicherheit des wissenschaftlichen Wissens sowohl hinsichtlich der Ursachen als auch der Mittel zur Bekämpfung der Pandemie sowie die dadurch gegebene Entscheidungs- und Legitimationsproblematik für jede demokratische Regierung.

Die Forschungsliteratur zu den Reaktionen der Regierungen auf die Pandemie in einer Vielzahl von Ländern ist inzwischen nahezu unübersehbar. Da ich nur einen kleinen Ausschnitt aus dieser Literatur kenne, kann ich die an mich gestellten Fragen nur unter dieser Einschränkung beantworten.

1. Wie fand in der Corona-Pandemie die Beratung der Politik (Bundesregierung, Landesregierungen etc.) durch die Wissenschaft initial vor und im ersten Ausbruch statt? Hat sich daran im Laufe der Pandemie etwas verändert? Was hat bei dieser Beratung gut funktioniert und wo sehen Sie Defizite?

In der ersten Phase der Pandemie war zum einen das Robert Koch Institut unter Leitung von Professor Lothar Wieler in Verbindung mit dem Virologen Christian Drosten führend. Die Beratung fokussierte auf die Virologie. Bundeskanzlerin Merkel hatte sich unabhängig davon ad hoc von einer Mehrzahl von Wissenschaftlern beraten lassen, vor allem auch von Sozialwissenschaftlern. Rechtswissenschaft, Volkswirtschaftslehre, Politikwissenschaft, Managementlehre und Soziologie. Den Prozess in dieser Frühphase beschreibt Heinz Bude als „diffus“ (Bude 2022, 246).[1] Da er auch nicht amtlich dokumentiert ist, kann darüber nicht viel gesagt werden, vor allem nicht über den möglichen Zusammenhang zwischen Spektrum der vertretenen Disziplinen, Art der Empfehlungen und deren Umsetzung. Diese erste Phase ist nicht zuletzt auch durch chaotische Kommunikation in den Medien charakterisiert, in denen neben Wieler und Drosten auch die Kritiker der Maßnahmen wie Alexander Kekulé oder Hendrik Streeck auftraten.

[1] „Es sind aus der politischen Administration heraus ad hoc verschiedene Arten von Gremien gebildet worden, bei denen die »Wissenschaft« als Ratgeberin der »Politik« fungieren sollte. Die Seite der »Politik« war dabei genauso diffus wie die der »Wissenschaft«. Mal war das »Corona-Kabinett« der Bundesregierung der Adressat, mal die Personen an der Spitze der beteiligten Ressortministerien, dann die Regierungschefs der Bundesländer mit ihren Stäben und in einzelnen Fällen ließ sich die Bundeskanzlerin selbst von der »Wissenschaft« unterrichten.“ Budes Artikel enthält Eindrücke seiner Mitgliedschaft in einem informellen Beratungsgremium des Bundesinnenministeriums.

Anders dagegen wurden die Empfehlungen des RKI aus der Perspektive der Virologie und der epidemiologischen Modellrechnungen zum großen Teil umgesetzt. Das betrifft die Reduktion von Kontakten (Lockdown) im März 2020, den Aufbau von Kapazitäten für PCR-Tests sowie von Betten für Patienten in Krankenhäusern.

Wie die im Dezember 2024 veröffentlichten RKI-Protokolle zeigen, gab es auch politisch nicht beachteten Rat, so die verzögerte Einführung der Maskenpflicht (im April) und die Umsetzung systematischer Testung des Personals in Altersheimen, die im Verlauf des Jahres 2020 nur lückenhaft umgesetzt wurde. Außerdem wurden die Warnungen vor der vorzeitigen Lockerung des Lockdowns angesichts einer zweiten Welle erst mit Verspätung beachtet.

Aus den RKI-Protokollen ließ sich auch entnehmen, dass einige Dokumente aufgrund der Widersprüche zwischen Politik und Wissenschaft nicht publiziert wurden.

Erst im Dezember 2021 wurde unter dem neuen Bundeskanzler Scholz ein Expertenrat eingerichtet, mit ihm die disziplinäre Bandbreite erweitert und die Beratung systematischer organisiert.[2] Dennoch zeigt der Vergleich mit anderen Ländern, dass die gewählte Strategie eines weitgehenden Lockdowns des öffentlichen Lebens nicht die einzig mögliche war und insbesondere erhebliche Risiken für die Wirtschaft beinhaltete. Wie sich später gezeigt hat, implizierten auch die Schulschließungen negative Folgewirkungen. Die Priorisierung der Gesundheit der Bevölkerung, die mit diesen Maßnahmen umgesetzt wurde, traf deshalb auch auf Kritik. Sie ist aber nicht unbedingt als Defizit zu sehen, sondern muss als Werteentscheidung beurteilt werden. Im Übrigen haben statistische Untersuchungen gezeigt, dass die Priorisierung nicht unbedingt die unterstellte Alternative zur Folge hatte.[3]

2. War die wissenschaftliche Beratung während der Corona-Pandemie aus Ihrer Sicht ausreichend interdisziplinär aufgestellt? Wie sollte wissenschaftliche Beratung organisiert werden, damit auch mittelbare und langfristige gesellschaftliche Auswirkungen frühzeitig berücksichtigt werden?

Man könnte sagen, dass die politikwirksame Beratung für die 1. bis 5. Welle, d.h. von Januar 2020 bis Dezember 2021 disziplinär verengt war.[4] Allerdings bildete die Leopoldina ab März 2020 insgesamt sieben ad-hoc Arbeitsgruppen, die, disziplinär breiter aufgestellt, zu verschiedenen Themen Stellungnahmen und Empfehlungen verfassten. Ungeachtet dessen trafen sie auf verhaltene bis kritische Reaktionen. Dabei

---

[2] https://de.wikipedia.org/wiki/Corona-Expertenrat_der_Bundesregierung; https://www.bundesregierung.de/breg-de/bundesregierung/bundeskanzleramt/corona-expertinnenrat-der-bundesregierung

[3] https://ourworldindata.org/covid-health-economy

[4] https://de.wikipedia.org/wiki/COVID-19-Pandemie

standen sich zunehmend polarisiert Verfechter einer ‚follow the science' - Fraktion und Kritiker einer vermeintlich demokratiefeindlichen Technokratisierung der Politik gegenüber (s. u.a. Wiesing et al 2021). Kritik richtete sich u.a. gegen die themenbezogene Kompetenz der Mitglieder der Arbeitsgruppen (wissenschaftliche vs. personenbezogene Autorität der Beratung) und gegen den Stil der Empfehlungen (kategorische Empfehlungen vs. Nennung von Optionen).

Eine idealtypische Form der wissenschaftlichen Politikberatung, die insbesondere „mittelbare und langfristige gesellschaftliche Auswirkungen frühzeitig berücksichtigt", gibt es m.E. nicht. Am ehesten könnte helfen, eine, wie unten auch für den Gesundheitsbereich vorgeschlagen, fortwährend zu aktualisierende Liste von Sozialwissenschaftlern (Soziologen, Politikwissenschaftlern, Ökonomen) zu führen, die im Bedarfsfall von der Politik konsultiert werden können. Die Leopoldina könnte eine solche Liste führen, die jedoch nicht auf ihre Mitglieder beschränkt sein sollte.

Das entspräche entfernt, betrachtet man vergleichbare Beratungskonzepte in anderen Ländern, z.B. dem britischen SAGE (Scientific Advisory Group for Emergencies). SAGE ist kein stehendes Beratungsgremium und hat auch keine ständigen Mitglieder, sondern ist eher ein *Verfahren*. Experten werden vom Chief Science Adviser oder vom Chief Medical Officer berufen, so in der Pandemie u.a. Epidemiologen, Virologen, Statistiker, Mikrobiologen und Psychologen. Jeweils etwa 20 Experten aus der Wissenschaft, Regierungslabors und der Industrie werden ad hoc berufen. Sie werden von einer Reihe von Unterkommissionen unterstützt, die sie mit Daten versehen.

SAGE ist also wesentlich ein Verfahren, das den Chief Science Adviser unterstützt, den es jedoch in Deutschland wegen des Ressortprinzips nicht gibt. Dennoch ist bedenkenswert, speziell für den Fall plötzlich auftretender Gefahren wie Pandemien jeweils fortlaufend aktualisierte Expertenlisten zu führen (z.B. im RKI), die im Bedarfsfall mobilisiert werden können. Die wissenschaftlichen Akademien (Leopoldina, BBAW) können diese Funktion nicht realistisch erfüllen, weil die Wahl ihrer Mitglieder nach anderen Kriterien erfolgt.

> 3. Wie transparent war während der Pandemie, welche wissenschaftlichen Empfehlungen in politische Entscheidungen eingeflossen sind? Wie transparent war die Entscheidung der Bundesregierung, von einer wissenschaftlichen Empfehlung abzuweichen? Wie können Wissenschaftliche Empfehlungen und politische Entscheidungen so kommuniziert werden, dass die Unterschiede erkennbar bleiben?

Es war weitgehend klar, dass die Regierung (und die Länder) in der frühen Phase der Pandemie dem Expertenrat vor allem im Hinblick auf Kontaktbeschränkungen folgte.

Diese Einheit zerfiel mit dem Rückgang der akuten Bedrohung ab Mitte Mai 2020. Als die Bedrohung mit der zweiten Welle wieder anstieg, wurde die Einheit zum Teil wieder hergestellt, erreichte jedoch nicht wieder den Stand vom Februar/März. Die Politisierung hatte zugenommen. Damit wurden die Begründungen für die einzelnen Maßnahmen unübersichtlicher, weniger nachvollziehbar, zum Teil sogar widersprüchlich, z.B. wenn die Experten mit den Prognosen erhöhter Infektionszahlen Politikern in den Medien widersprachen. Gesundheitsschutz als oberste Begründung für Lockdowns wurde durch wirtschaftliche Erwägungen als Begründung für partielle Öffnungen abgeschwächt. Die Zahl der in den Medien auftretenden Experten nahm zu und mit ihr die der unterschiedlichen Empfehlungen und ihrer (wissenschaftlichen) Begründungen.

Eine systematische Dokumentation der Beratung, Empfehlungen und politischen Entscheidungen, die erlauben würden, Übereinstimmungen und Diskrepanzen zu identifizieren, gibt es meines Wissens nicht.

Das Problem einer transparenten Kommunikation wissenschaftlicher Erkenntnisse als Begründungen politischer Entscheidungen besteht in der spezifischen wechselseitigen Abhängigkeit zwischen beiden. Wissenschaftliche Erkenntnisse können, sofern sie als gesichert gelten, politische Entscheidungen legitimieren. Dies umso mehr, wenn diese unausweichlich und zugleich unpopulär sind, so z.B. Ausgangssperren angesichts tödlicher Bedrohungen durch ein Virus. Im Extremfall kann man dann von ‚Verwissenschaftlichung' der Politik bzw. ihrer Technokratisierung sprechen, wenn sich Politiker zur Begründung ihrer Entscheidungen uneingeschränkt auf wissenschaftliche Erkenntnisse berufen. Wissenschaftliche Berater können die Urheber politischer Entscheidungen allerdings auch delegitimieren, wenn sie zu diesen im Widerspruch stehen und dabei öffentlich sichtbar sind. (Dies war z.B. besonders offenkundig im Verhältnis von Präsident Trump und dem Chefberater und Immunologen, Anthony Fauci während der Pandemie).

Umgekehrt gilt jedoch auch, dass wissenschaftliche Berater von Seiten der Politik instrumentalisiert werden können. Die Wahl von Beratern aufgrund ihrer bekannten Position zu anstehenden Entscheidungen z.B. kann als Politisierung der Expertise gelten. (Trumps Wahl von Scott Atlas, einem Radiologen ohne Kenntnisse der Virologie, in seine ‚task force', war durch dessen politische Nähe zu ihm motiviert).

Im konkreten Fall gilt es folglich, die Wahl von Beratern möglichst transparent durch deren nachweisliche Kompetenz im Hinblick auf die wahrgenommene Problemlage und die anstehenden Entscheidungen zu begründen. Ebenso wenig wie es selten zu reiner Verwissenschaftlichung oder Politisierung kommt, lassen sich Tendenzen in der einen oder anderen Richtung vermeiden. (S. 7 zur Funktion der Leitlinien).

4. Wie bewerten Sie den Umgang der politischen Akteure mit wissenschaftlichen Unsicherheiten und unterschiedlichen Einschätzungen während der Corona-

Pandemie im internationalen Vergleich? Welche Ansätze haben sich (nicht) bewährt und was kann Deutschland daraus lernen?

Die beschriebene, dem Verhältnis von wissenschaftlicher Expertise und politischem Handeln inhärente Konstellation, wird dann verschärft, wenn die infrage stehenden wissenschaftlichen Erkenntnisse vorläufig und unsicher sind. Der Versuch, solche Unsicherheiten zu verschleiern oder geheim zu halten, birgt das Risiko, im wahrscheinlichen Fall der Aufdeckung zu umso größeren Vertrauensverlusten zu führen. Die britische BSE-Krise ist dafür ein einschlägiges Beispiel (s. House of Lords 2000). Die offene Kommunikation ist sowohl geboten als auch ist klar erfolgversprechender.[5] Sie ist am ehesten geeignet, das Vertrauen der Medien und damit der Öffentlichkeit zu erhalten.

Da Unsicherheit des Wissens unausweichlich impliziert, dass eine Mehrzahl jeweils begründbarer Handlungsoptionen vorliegt, werden diese zum Gegenstand der politischen und medialen Diskussion. Das erschwert den politischen Entscheidungsprozess und mag diesen, vor allem im Kontext der digitalen Kommunikation, dem Risiko von Desinformation seitens radikaler Akteure aussetzen. Zugleich birgt sie aber die Chance einer demokratischen Diskussion und damit der Vertrauensbildung.[6]

5. Sollten Empfehlungen, Beratungsunterlagen und Diskussionsprotokolle der institutionalisierten wissenschaftlichen Politikberatung künftig grundsätzlich veröffentlicht werden? Sehen Sie das als sinnvolle Maßnahme an, um das Verständnis der Bevölkerung für wissenschaftliche Beratungsprozesse und deren Rolle bei politischen Entscheidungen zu verbessern?

Diese Frage lässt sich kurz mit Zustimmung beantworten. Das gilt vor allem für die besondere Situation der Pandemie, bzw. für Beratungssituationen, in denen schnelle politische Entscheidungen unter hohem Schadensrisiko gefordert sind. Solche Situationen implizieren eine erhöhte mediale Aufmerksamkeit und damit ein hohes

---

[5] Durch den Podcast *„Das Coronavirus-Update“* informierten zunächst Drosten allein, sodann im Wechsel mit der Virologin Sandra Ciesek, die Öffentlichkeit über die Entwicklung der Pandemie und die zugehörigen wissenschaftlichen Erkenntnisse. Der Podcast wurde im Verlauf des Jahres personell und damit auch disziplinär erweitert und allein zwischen Februar und Mai über 40 Millionen Mal abgerufen. Auch im Vergleich zu anderen Ländern (USA, UK und Australien) mit ähnlichen Podcasts konnte er als vorbildliche Form der Wissenschaftskommunikation gelten und wurde vielfach mit Preisen geehrt (https://de.wikipedia.org/wiki/Coronavirus-Update).

[6] Dies kommt auch in der Begründung des Communicator-Sonderpreises zum Ausdruck, der Drosten im April 2020 verliehen wurde.
www.dfg.de/service/presse/pressemitteilungen/2020/pressemitteilung_nr_11/index.html.

Legitimitätsrisiko für die Politik. Gegen das Risiko von Mis- und Desinformation gibt es kein besseres Mittel, als möglichst umfassende, transparente Kommunikation über die traditionellen wie über die digitalen Medien (s. Analyse zu Schweden Irwin 2020).

6. Welche Auswirkungen hatte die Art der Wissenschaftsberatung und ihrer öffentlichen Kommunikation auf das Vertrauen der Bevölkerung in Wissenschaft und Politik?

In Deutschland wurde das Vertrauen zuerst von *Wissenschaft im Dialog* erhoben.[7] Das Vertrauen in die Wissenschaft (bzw. in Wissenschaftler und insbesondere in Ärzte) während der Pandemie ist zunächst stark angestiegen. Eine große Mehrheit der Bevölkerung (81% im April, 73% im Mai) sprachen sich dafür aus, dass politische Entscheidungen auf wissenschaftlichen Erkenntnissen beruhen sollten. 51% stimmten zu, dass die meisten Wissenschaftler in der Öffentlichkeit klar unterscheiden, was sie sicher wissen und welche Fragen hinsichtlich Corona noch offen waren. Diese hohen Zustimmungswerte übertrugen sich auch auf die politischen Entscheidungen. Im April 2020, als die Entscheidungen noch als dem Rat der Wissenschaftler eng folgend wahrgenommen wurden, stieg die Zustimmung um 28%. 93% stimmten den Mobilitätseinschränkungen zu. In der Folgezeit sanken das Vertrauen und die Zustimmung zu den Maßnahmen der Regierung wieder etwas ab, sei es wegen der nachlassenden Bedrohung vor der zweiten Welle, sei es in Reaktion auf die inkohärenteren Entscheidungen.

Das in der frühen Phase der Pandemie hohe Vertrauen in die Wissenschaft galt im Übrigen nahezu weltweit, wenn auch bei beträchtlichen nationalen und regionalen Unterschieden.[8] Gegenüber 2018 war das Vertrauen im Schnitt um 10% angestiegen, nach Ende der Pandemie in etwa wieder auf dem Stand vorher (s. Chart 3.1 Wellcome Global Monitor 2020). Dieser Verlauf deutet daraufhin, dass das Vertrauen vor allem dann hoch war, wenn die wahrgenommene Bedrohung sehr ernst war und es gleichzeitig so erschien, dass die Politik dem Rat der Wissenschaft folgte (Cologna et al 2024).

Da es sich bei der Pandemie um eine Bedrohung der Gesundheit handelt ist nicht überraschend, dass Ärzte und Pflegekräfte das höchste Vertrauen genießen (78, 80, 79 % April, November 2020, 2021), knapp höher als das in reine Wissenschaftler (71,71,73%). Das Vertrauen in Politiker und Vertreter von Ämtern und Behörden sank dagegen im Verlauf der Pandemie stark ab (von 44% auf 32% und schließlich 18%). Die

[7] Die Erhebung des Vertrauens der Öffentlichkeit in Wissenschaft unterliegt einer Reihe von methodischen und theoretischen Problemen, zu denen es eine umfangreiche Literatur gibt. (Siehe u.a. Cologna et al. 2024; Reif, Guenther 2022).

[8] https://www.wissenschaftsmanagement-online.de/neuigkeiten/vertrauen-wissenschaft-durch-corona-pandemie-weltweit-gestiegen-12955

Befragten unterschieden offenbar zwischen der wissenschaftlichen Expertise in der Beratung und deren Berücksichtigung in den politischen Entscheidungen (Wissenschaftsbarometer 2020/21, 23).

7. Sind strukturelle oder organisatorische Veränderungen der Wissenschaftsberatung für zukünftige Krisen notwendig? Wenn ja, welche?

2008 hat die BBAW ‚Leitlinien Politikberatung' publiziert. Die Leitlinien wurden in der Folge von der Leopoldina, der MPG, acatech, sowie verschiedenen Ministerien und Forschungsinstituten übernommen. Sie liegen auf einer ähnlichen Linie wie die britischen „Guidelines 2000: Scientific Advice and Policy Making", der „Code of Practice for Advisory Committees" und die „Guidelines on Scientific Analysis in Policy Making des amerikanischen Office of Science & Technology (2001; 2005), sowie die „Principles and Guidelines on the Collection and Use of Expertise by the Commission" der Europäischen Kommission (Commission of the European Communities 2002). Leitlinien bzw. Prinzipien der wissenschaftlichen (!) Politikberatung betreffen den „Zusammenhang zwischen der Art der Institutionalisierung wissenschaftlicher Beratung und ihrer Organisationsform auf der einen und der von ihr erfüllten Funktion auf der anderen Seite" (Mayntz 2009,7). Sie markieren die allgemeinen Bedingungen, unter denen politisches Handeln und seine epistemische Fundierung so aufeinander bezogen werden, dass dabei im Idealfall ‚robuste' Entscheidungen herauskommen (Weingart/Lentsch 2008, S. 15-17).

Die (vor allem oben unter 3) genannten Bedingungen liegen den Leitlinien zugrunde, die vier Prinzipien verfolgen, an denen sich Organisation und Praxis der Politikberatung orientieren sollten: Distanz, Pluralität, Transparenz und Öffentlichkeit. *Distanz* sichert die Unabhängigkeit der Wissenschaft von Politik und verhindert eine Vermischung von Interessen und wissenschaftlichen Urteilen. *Pluralität* gebietet die sachgerechte Einbeziehung von Disziplinen. *Transparenz* der Beratungs- und Entscheidungsprozesse sichert das Vertrauen in sie, und *Öffentlichkeit* bedeutet den Zugang zu relevanten Informationen und ist die Voraus-setzung des Vertrauens (Weingart 2021, 29).

Daraus ergeben sich die Leitlinien, die hier nur auszugsweise zitiert werden: 1) *Unabhängigkeit des Rats*, d.h. u.a., dass der laufende Beratungsprozess nicht vom Auftraggeber oder Dritten methodisch oder inhaltlich beeinflusst werden darf; 2) *Normative Grundlagen und Mandat* heißt u.a., die „Verantwortlichkeiten von Auftraggeber und Beratungsgremium sind so exakt wie möglich gegeneinander abzugrenzen"; 3) *Die Auswahl und die Stellung der beratenden Wissenschaftler* „muss in einem transparenten Verfahren nach nachvollziehbaren, sachlichen Kriterien erfolgen", und die zu berufenden Wissenschaftler „haben alle Umstände offenzulegen, die Zweifel an ihrer Unvoreingenommenheit wecken können". „Bei der Besetzung beratender Gremien ist auf eine Zusammensetzung zu achten, die die Fülle der

wissenschaftlich diskutierten Standpunkte zu der Aufgabenstellung des Gremiums sowie die Breite der zur Aufgabenerfüllung notwendigen Disziplinen widerspiegelt“, die Besetzung wissenschaftlicher Beratungsgremien soll öffentlich bekannt gemacht werden; 4) *Zur Arbeitsweise beratender Gremien*: so u.a. „Unsicherheiten, Wissenslücken und implizite Wertannahmen müssen Teil der Beratungskommunikation sein und explizit gemacht werden“, und das „gesamte Beratungsverfahren ist zu dokumentieren und nach Abschluss dieses Verfahrens öffentlich zugänglich zu machen“; 5) *Der Umgang mit den Ergebnissen der Politikberatung*, u.a. sollten Ergebnisse der Beratung, sofern sie in Gutachten vorliegen, in angemessener Zeit öffentlich zugänglich gemacht werden, vom Auftraggeber wird ein fairer Umgang mit den Ergebnissen erwartet, so etwa die Begründung abweichender Interpretationen“ (BBAW 2008, 35ff).

Die Leitlinien sind idealtypische Normierungen. Das heißt, Verletzungen dieser Normen, die aufgrund der genannten irreduziblen Differenzen zwischen den Rationalitäten von Politik und Wissenschaft in der wissenschaftlichen Politikberatung unvermeidbar sind, werden durch die Leitlinien sichtbar und sanktionierbar.

Vor dem Hintergrund dieser allgemein anerkannten Prinzipien erscheint eine grundsätzliche Veränderung der wissenschaftlichen Politikberatung für zukünftige Krisen nicht unbedingt erforderlich. Da das Eintreten neuer Pandemien für sicher gehalten wird und nur der Zeitpunkt ungewiss ist, lässt sich jedoch daran denken, die Beratung speziell für eine derartige Eventualität vorzubereiten. Dazu könnte ein Beispiel wie das oben kurz charakterisierte Modell des britischen SAGE als Vorbild gelten. D.h. speziell für den Gesundheitsbereich wäre es sinnvoll, Listen von Experten zu Pandemien, deren Ursachen, wahrscheinlichem Verlauf und Abmilderung durch Maßnahmen zur gesundheitspolitischen Regulierung des öffentlichen Lebens zu unterhalten und laufend zu aktualisieren. Durch regelmäßige Kontakte (z.B. Konferenzen im zweijährigen Abstand) könnten Experten aus verschiedenen Disziplinen einander kennenlernen und im Bedarfsfall effizienter miteinander kommunizieren. Auf diese Weise könnte eventuell die Reaktionsgeschwindigkeit der wissenschaftlichen Beratung der Politik sowie der Politik erhöht werden. Außerdem ist vorstellbar, dass die Mitgliedschaft einer derartigen ‚Beratergruppe für den Gefahrenfall einer Pandemie‘ jeweils öffentlich bekannt gemacht wird. Das könnte dazu beitragen, öffentliches Vertrauen in die Expertengruppe als Institution aufzubauen.

Referenzen

Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften (BBAW) (2008), Leitlinien Politikberatung.

Bude, Heinz (2022), Aus dem Maschinenraum der Beratung in Zeiten der Pandemie, *SOZIOLOGIE,* 51. Jg., 3, 245– 255.

Cologna, Victoria et al. (2024), Trust in scientists and their role in society across 68 countries, *Nature Human Behavior*, https://doi.org/10.1038/s41562-024-02090-5

House of Lords (2000), https://publications.parliament.uk/pa/ld199900/ldselect/ldsctech/38/3802.htm

Irwin, Rachel, E. (2020), Misinformation and de-contextualization: international media reporting on Sweden and COVID-19, *Globalization and Health* 16:62. https://doi.org/10.1186/s12992-020-00588-x

Mayntz, Renate (2009), Speaking Truth to Power: Leitlinien für die Regelung wissenschaftlicher Politikberatung, *dms – der moderne staat – Zeitschrift für Public Policy, Recht und Management* Heft 1/2009, S. 5-16.

Reif, Anne; Lars Guenther (2022): How representative surveys measure public (dis)trust in science: A systematisation and analysis of survey items and open-ended questions, *Journal of Trust Research*, DOI: 10.1080/21515581.2022.2075373

Weingart, Peter; Justus Lentsch (2008), Wissen - Beraten - Entscheiden. Form und Funktion wissenschaftlicher Politikberatung in Deutschland**,** Weilerswist: Velbrück.

Weingart, Peter (2021), Wissenschaftliche Politikberatung in Krisenzeiten, *Aus Politik und Zeitgeschichte* (APuZ 71/5-6), 28-32.

Wiesing, Urban; Becker, Daniel; Hahn, Philip; Tümmers, Henning; Blum, Christoph Dominik (2021): Wissenschaftliche (Politik-)Beratung in Zeiten von Corona: Die Stellungnahmen der Leopoldina zur Covid-19-Pandemie. *Ethik und Gesellschaft* 1/2021: Pandemie-Nach-Denken, https://dx.doi.org/10.18156/eug-1-2021-art-6

Wissenschaft im Dialog (2021), Wissenschaftsbarometer 20/21. https://wissenschaft-im-dialog.de/documents/5/WiD-Wissenschaftsbarometer2021_Broschuere_web.pdf